



Haushaltsrede DHH 2026/2027

Rede von Oberbürgermeister Richard Arnold

zur Einbringung des Doppelhaushalts 2026/2027

„Fokussieren – Bilanzieren – Steuern“

Mittwoch, 5. November 2025

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist zur Veröffentlichung bis zum Ende der Rede.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
liebe Gmünder,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit,“ so lautet ein Zitat des deutschen Politikers Kurt Schumacher. Und die Realität der kommunalen Finanzen in Deutschland zeigt aktuell ein äußerst düsteres Bild.

Die Städte und Gemeinden in Deutschland sind am Ende ihrer Kräfte. Allein im Jahr 2024 haben die Kommunen mit etwa 25 Milliarden Euro das größte Defizit der bundesdeutschen Geschichte verbucht. Laut Prognosen wird es in den kommenden Jahren sogar auf mehr als 35 Milliarden Euro steigen. Die Finanzlage vieler deutscher Städte ist hochdramatisch.

Die alarmierenden Berichte über Baden-Baden, Stuttgart, Heidelberg oder Karlsruhe waren ja vielfach in den Medien zu lesen.

Daran haben sicherlich die aktuelle Wirtschaftssituation in Deutschland und Europa, die Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten und in vielen anderen Teilen der Welt, die bis heute nachwirkende Energiekrise sowie die hohe Inflation der letzten Jahre einen wesentlichen Anteil.

Gerade in Bezug auf die Wirtschaft offenbaren die Tageszeitungen jeden Morgen neue Hiobsbotschaften: Porsche schreibt eine Milliarde Quartalsverlust, Mercedes verzeichnet einen Gewinneinbruch um fast ein Drittel, die Produktion bei VW steht still und bei Bosch gibt es Kurzarbeit und Werksschließungen. Letzteres müssen wir in Schwäbisch Gmünd ja selbst schmerzlich erfahren.

Clemens Fuest, der Chef des Ifo-Instituts, warnte deshalb erst vor Kurzem eindringlich: „Deutschland befindet sich seit Jahren in einem wirtschaftlichen Niedergang. Die Lage ist mittlerweile dramatisch.“

Meine Damen und Herren, es ist wirklich fünf vor zwölf! Wir können nicht länger abwarten, ob und wann unsere Wirtschaft wieder in Schwung kommt. Es geht um nichts Geringeres als unseren gesellschaftlichen Wohlstand, unsere Arbeitsplätze und die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Davon hängt auch unser Sozialsystem maßgeblich ab, das inzwischen mit schwindelerregenden Kosten verbunden ist.

Wir müssen schleunigst die richtigen Anreize setzen, damit Baden-Württemberg für Wirtschaftsunternehmen wieder attraktiv wird. Dazu gehören unter anderem stärkere Subventionen für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, wie sie in anderen EU- und Bundesländern bereits Praxis sind.

Bezeichnend ist, dass von der halben Billion Euro, die in den nächsten Jahren von der Automobilindustrie investiert werden soll, nur ein Bruchteil überhaupt nach Deutschland gehen wird – und das, obwohl die Automobilindustrie hier in Baden-Württemberg immer fest verankert war.

Neben den fehlenden Subventionen sind es vor allem die hohen Produktionskosten, die unsere Wirtschaft belasten.

Insbesondere die energieintensiven Sektoren leiden seit Jahren stark unter den gestiegenen Strom-, Gas- und Rohstoffpreisen.

Wenn ich dann noch dazu sehe, dass ab 2027 durch den Wechsel von der nationalen CO₂-Bepreisung zum EU-Emissionshandelssystem ETS II eine erneute Steigerung der Energiekosten prognostiziert wird, dann halte ich das aktuell für ein höchst fatales Signal.

Eine prosperierende Wirtschaft ist ein zentraler Faktor für das Funktionieren des Staates. Nur gemeinsam mit ihr kann der Staat bzw. die Kommune ihre vielfältigen Aufgaben für die Bürger erfüllen. Angesichts der wirtschaftlichen Krise, in der wir uns befinden, ist die Zeit, staatlich auf dem hohen Ross zu sitzen oder Rosinen zu picken, endgültig vorbei!

Neben der wirtschaftlichen Krise ist ein wesentlicher Faktor für die angespannte Haushaltslage der Kommunen natürlich auch, dass immer mehr Aufgaben von Bund und Land auf die Kommunen abgewälzt werden, ohne dass dafür ein angemessener finanzieller Ausgleich stattfindet.

Ich schließe mich deswegen ausdrücklich der aktuellen Forderung der Oberbürgermeister der Landeshauptstädte an den Bund und an die Länder an: „Wer bestellt, muss auch bezahlen!“

„Mehr Betreuung, mehr Bildung, mehr Digitalisierung, mehr Sicherheit“ – das sind wichtige Themen, es geht aber eben nur mit ausreichender Finanzierung.

Den Kommunen ständig nur neue Aufgaben zu übertragen, ohne das Geld dafür zur Verfügung zu stellen, kann so nicht mehr funktionieren.

Hinzu kommt die überbordende Bürokratie: Städte und Gemeinden sehen sich einer ständig wachsenden Zahl von Vorschriften, Gesetzen und Verordnungen gegenüber, darunter 1.797 Gesetze mit insgesamt 52.401 Einzelnormen sowie 2.866 Rechtsverordnungen mit insgesamt 44.475 Einzelnormen auf Bundesebene (Stand: 24. Mai 2024). Dadurch werden unsere Entscheidungsprozesse vor Ort zunehmend verkompliziert. Selbst einfache Projekte verzögern sich oft über Wochen, Monate oder Jahre, weil umfangreiche Genehmigungsverfahren, Prüfpflichten und Dokumentationsauflagen eingehalten werden müssen.

Das sorgt nicht nur für Frustration, sondern erfordert auch einen enormen Personaleinsatz. Und das in Zeiten des Fachkräftemangels und steigender Personalkosten!

Der angemessene Lösungsansatz wäre hier: weniger Vorschriften und mehr „kommunale Selbstverwaltung“! Ein erster Schritt in diese Richtung könnte das kürzlich in Baden-Württemberg verabschiedete „Kommunale Regelbefreiungsgesetz“ sein. Aktuell bereite ich mit meinen Mitarbeitern im Rathaus entsprechende Anträge bei den zuständigen Fachministerien vor. Diese sollen uns mehr Gestaltungsspielraum verschaffen. Wir erhoffen uns alle, dass sie im Sinne des Bürokratieabbaus substantielle Ergebnisse liefern.

Um es zusammenzufassen: Wenn wir unsere Kommunen und unsere Wirtschaft wieder auf Vordermann bringen wollen, sind schnellstmöglich grundlegende Reformen in der EU, im Bund und in Baden-Württemberg nötig.

Neben den genannten Punkten, wie

- einer strukturellen Änderung in der Finanzierung der Kommunen;
- wirtschaftlicher Reformen, insbesondere eine Subventionierung der Standorte in Baden-Württemberg;
- deutliche Schritte hin zur Entbürokratisierung;

braucht es dringend auch:

- eine stärkere Finanzierung der Kinderbetreuung durch das Land;
- mehr Unterstützung bei der Digitalisierung der Verwaltung;
- eine Lösung der Frage, wie sich unser Gesundheitssystem in Zukunft finanzieren lässt (Kliniken, allgemeine Gesundheitsversorgung).

Was heißt das nun aber alles konkret für Schwäbisch Gmünd?

Auch wir befinden uns, was den Doppelhaushalt 2026/2027 betrifft, im Sturm. Die abgekühlte Wirtschaft vor Ort (Bosch, Schleich, Menrad) sowie die hohe Kreisumlage aufgrund der Krise der Kreiskliniken verschärfen die Lage zusätzlich. Umso wichtiger ist es deshalb, dass wir für die Jahre 2026/2027 einen möglichst ausgeglichenen Ergebnishaushalt aufstellen.

Im Unterschied zu anderen Kommunen kommt uns allerdings zugute, dass die Verwaltung und der Gemeinderat in den letzten Jahren so viele Schulden abgebaut haben, dass wir immer noch finanziellen Spielraum haben. Das gibt uns aktuell eine gewisse Flexibilität.

Wir profitieren auch davon, dass wir keine Großprojekte begonnen haben, die uns über lange Jahre hinweg mit hohen Beträgen verpflichten würden.

Dennoch müssen wir den hart erarbeiteten Weg des Schuldenabbaus in den nächsten Jahren erst einmal verlassen.

Die schwierige wirtschaftliche Lage hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Gewerbesteuerereinnahmen. Für den Doppelhaushalt 2026/27 und die Finanzplanung bis 2030 gehen wir zwar von einem weitgehend konstanten Niveau aus. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen ist das zunächst einmal eine gute Nachricht. Langfristig sind jedoch auch hier steigende Einnahmen erforderlich. Ich möchte betonen, dass ich froh und dankbar über die vielen verlässlichen lokalen Unternehmen bin. Das ist ein wichtiger Trumpf für Schwäbisch Gmünd!

Neben der Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik vertrauen wir auch darauf, dass nennenswerte Summen aus dem Infrastrukturpaket des Bundes bei uns ankommen – ja, wir erwarten sogar, dass dies geschieht. Schließlich bemisst sich die Lebensqualität der Menschen in erster Linie am Zustand der Kommunen.

Wir alle kennen den Zustand vieler Brücken, Schulgebäude, Turnhallen, Schwimmbäder, Kanäle und Kindergärten. Hier ist die versprochene Finanzspritze des Bundes dringend nötig!

Meine Damen und Herren,

wie Sie sehen, ist die Haushaltslage in Schwäbisch Gmünd – wie in vielen anderen Städten Deutschlands auch – angespannt. Dass sie dennoch nicht so dramatisch ausfällt wie beispielsweise in Baden-Baden, Karlsruhe, Stuttgart oder Heidelberg, ist das Ergebnis der verlässlichen und vorausschauenden Zusammenarbeit von Verwaltung und Gemeinderat in den vergangenen Jahren.

Auf diese Stärke haben wir auch in den vergangenen Monaten gesetzt und in zahlreichen Terminen die Haushaltsaufstellung für die nächsten beiden Jahre diskutiert.

Zunächst innerhalb der Verwaltung unter Federführung der Kämmerei und des Hauptamtes und dann in zwei Klausurterminen mit dem Gemeinderat.

Dabei haben wir uns einer ehrlichen Aufgabenkritik gestellt und jeden Winkel ausgeleuchtet und hinterfragt. Alles unter dem Leitgedanken, dass wir uns fit für die Zukunft machen wollen.

Dazu gehört einerseits, solide zu wirtschaften und unsere Spielräume realistisch einzuschätzen. Andererseits müssen wir aber auch weiterhin in das investieren, was Schwäbisch Gmünd stark macht und auszeichnet. Aus den Haushaltsberatungen sind deshalb sechs Zukunftspakete mit fünf Schwerpunkten hervorgegangen.

Die fünf Schwerpunkte umfassen:

1. Wirtschaft und Arbeitsplätze

Wie ich bereits ausgeführt habe, muss das Thema Wirtschaft oberste Priorität haben. Denn nur in starken Unternehmen werden Arbeitsplätze geschaffen. Dafür brauchen sie bestmögliche Rahmenbedingungen.

Mit den Flächen im Aspenfeld verfügen wir über ein Angebot für Firmenansiedlungen, wie es in Baden-Württemberg und der Metropolregion Stuttgart kaum noch zu finden ist. Das bestätigen uns auch die vielen Unternehmen, mit denen wir bereits im Gespräch waren.

Das ausschlaggebende Argument, warum die Ansiedlung dann doch woanders stattfindet, ist immer dasselbe: In Baden-Württemberg stehen keine ausreichenden Subventionen zur Verfügung. Das ist ein enormer Standortnachteil, der so nicht mehr tragbar ist! Es geht schließlich um den Erhalt und die Schaffung dringend notwendiger Arbeitsplätze.

Jeder Arbeitsplatz sichert die Existenz der hier lebenden Familien und der Menschen in unserer Stadt. Deshalb hat dieses Thema Priorität.

Vor wenigen Wochen haben wir im Bericht der Wirtschaftsförderung erfahren, dass der Stellenabbau bei Bosch direkt 1.700 Stellen und indirekt bei Zulieferern, Dienstleistern, im Handwerk und in anderen Branchen weitere 800 Stellen betrifft. Für uns bedeutet das konkret, dass wir bis 2030 jedes Jahr 500 neue Stellen schaffen wollen. Wir nehmen diese Herausforderung an und führen hierzu bereits eine Vielzahl an Gesprächen.

Ein erster Erfolg ist die Ansiedlung des PDR-Teams im Technikpark West. Mit seinem Hagelschadenzentrum schafft das Unternehmen 80 neue Arbeitsplätze.

Der XXXLutz am Stadteingang Ost soll Ende 2027 fertiggestellt werden und 150 neue Arbeitsplätze schaffen. Auch im Benzfeld, ebenfalls am Stadteingang Ost, führen wir derzeit gute Gespräche mit einem Unternehmen. Auch hier werden wieder Arbeitsplätze geschaffen und der Stadteingang erhält ein Pendant zu XXXLutz.

Auf den Flächen in der Nepperbergstraße wollen wir weitere Unternehmen ansiedeln. Auch hier ist unser Ziel, Arbeitsplätze nach Schwäbisch Gmünd zu bringen.

Gemeinsam mit der Robert Bosch Automotive Steering nehmen wir die Herausforderung an, den Standort Schießtal als Gewerbepark zu vermarkten. Hier sind wir nicht nur mit deutschen, sondern auch mit internationalen Unternehmen in Gesprächen.

Trotz der Brachflächen bei Bosch ist es wichtig, den Technologiepark Aspen zügig voranzutreiben und im nächsten Jahr den Satzungsbeschluss sowie die Erschließung auf den Weg zu bringen. Wir benötigen diese Flächen dringender denn je, um weitere Arbeitsplätze für zukunftssichere Betriebe zu schaffen.

Auch der Bildungsbereich ist natürlich ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Trotz der schwierigen Haushaltssituation ist es uns wichtig, dass wir weiterhin ein hochwertiges Angebot bieten können. Im Kita-Bereich freuen wir uns auf die Fertigstellung des Kinderhauses Kunterbunt und des Kindergartens St. Koloman sowie auf den Anbau in Bargau.

Darüber hinaus freuen wir uns auf die Eröffnung der Kita am Schirenhof und die Erweiterung des Waldorfkindergartens in Großdeinbach.

Außerdem steht die Eröffnung der Kita St. Augustinus in der Gemeindehausstraße an, und die Kitas St. Vinzenz (künftig Paradiesstraße) und Brücke gehen in städtische Trägerschaft über.

Beim Platzausbau haben wir unsere Hausaufgaben mehr als gemacht und sind jetzt super aufgestellt. Auch die Situation im Bereich der Fachkräfte hat sich inzwischen entspannt.

Nun steht das Thema Qualität, insbesondere im Bereich Sprache, mit dem Landeskonzept SprachFit im Fokus.

Im Dezember werden wir im Gremium einen Gesamtüberblick zum Thema Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung einbringen.

Wir sind hier sehr gut aufgestellt und können dem Rechtsanspruch zuversichtlich entgegenblicken.

Die Investitionen in die Ganztagsbetreuung (Mensa der GS Hardt) sowie in die Ganztagsräume mit Mensa der Römerschule und der Stauferschule sind etatisiert und werden umgesetzt.

Die Sanierungsmaßnahmen an der Rauchbeinschule sind fast abgeschlossen und auch die Maßnahmen an der Mozartschule gehen nach langer Bauzeit nun dem Ende zu.

2. Sicherheit und Sauberkeit

Nur wenn sich die Menschen in Schwäbisch Gmünd sicher fühlen und sicher sind, kann unsere Stadt gedeihen. Deshalb ist das Thema Sicherheit ein zweiter zentraler Punkt dieses Doppelhaushalts.

Sicherheit bedeutet vor allem, dass sich die Menschen in ihrer Stadt wohlfühlen: Straßen sind gut beleuchtet, Ordnungsdienste sind präsent und Prävention sowie soziale Arbeit gehen Hand in Hand. Ein schönes und sauberes Stadtbild ist natürlich ebenfalls wichtig.

Wir werden diese Balance auch weiterhin suchen und stärken. Die gefühlte Sicherheit in der Altstadt – ob im Alltag oder bei Festen und Veranstaltungen – ist ein zentrales Thema der Bemühungen der Stadtverwaltung. Die Auseinandersetzungen zwischen sogenannten Gangs oder Clans sowie die Bedrohung durch Terrorismus verunsichern natürlich und bereiten Sorgen.

Hier werden wir in Zusammenarbeit mit der Polizei und unserem Kommunalem Ordnungsdienst die vorhandenen Konzepte immer weiter anpassen und stärken.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen um die hervorragende Arbeit, die unsere Feuerwehr im Bereich Sicherheit leistet. Ob bei Bränden, Hochwasser, technischen Unfällen oder im Katastrophenschutz – unsere Feuerwehrfrauen und -männer stehen rund um die Uhr bereit. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Unterstützung.

Seit vielen Jahren verfolgen wir ein Konzept zur Sanierung und zum Ausbau der Feuerwehrstandorte. In den letzten Jahren konnten viele Feuerwehrhäuser in den Stadtteilen auf einen guten Standard gebracht werden. Derzeit wird das Dorfgemeinschaftshaus mit Feuerwehrhaus in Weiler neu gebaut.

Und unserem Konzept folgend soll im Anschluss an Weiler das neue Feuerwehrhaus in Herlikofen angegangen werden. Die ersten Gespräche mit der Feuerwehr Herlikofen, dem Ortsvorsteher und der Stadtverwaltung hierzu haben bereits stattgefunden. Auch konnte der von Herlikofen favorisierte Standort am westlichen Ortseingang in den neuen Flächennutzungsplan aufgenommen werden. Somit halten wir unser Versprechen, unsere Feuerwehr zukunftsfähig aufzustellen und auszustatten.

Ein großes Projekt stellt für uns alle aber weiterhin die zentrale Feuerwache „Florian“ in der Innenstadt dar. Das ist seit vielen Jahren ein Thema und hat hohe Priorität. Je detaillierter wir uns jedoch diesem Thema widmen, desto komplexer wird es.

Die Detailplanungen haben ergeben, dass die Teilsanierung des Florians und der Neubau einer Fahrzeughalle mit Nebenräumen deutlich teurer werden als ursprünglich geplant.

Deshalb halte ich es für richtig und konsequent, bei diesen hohen Investitionen auch über Alternativen zum jetzigen Standort nachzudenken. Das hätte zudem den entscheidenden Vorteil, dass das alte Feuerwehrhaus bis zur Fertigstellung des Neubaus in Betrieb bleiben könnte.

Mit verschiedenen Eigentümern wurden bereits Gespräche geführt. Zusammen mit dem Gemeinderat hoffen wir, dass wir 2026 eine Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen finden werden.

Denn auch in Bezug auf den immer wichtiger werdenden Katastrophenschutz hat die Sicherheit unserer Stadt höchste Priorität.

3. Digitalisierung

Bürgerfreundlichkeit, Kosteneffizienz, Service, Sicherheit, aktuelle Standards und künstliche Intelligenz sind heute entscheidende Faktoren. Die Argumente für die Digitalisierung

als dritten Schwerpunkt im Haushalt liegen auf der Hand. Die gesetzlichen Voraussetzungen will die Bundesregierung schaffen, während die Kommunen wesentliche Bausteine umsetzen müssen. Hierauf bereiten wir uns nicht nur vor, sondern wollen vorangehen und die bereits bestehenden Möglichkeiten bestmöglich ausnutzen.

Deshalb werden wir in den nächsten Jahren mehr als 500.000 Euro in die Digitalisierung investieren.

4. Tourismus

Schwäbisch Gmünd ist ein Tourismusstandort. Die Wertschätzung für unser historisches Stadtbild, unser vielfältiges touristisches und kulturelles Angebot sowie unsere zahlreichen Attraktionen bestätigt uns darin. Ansprechende Freizeit-, Kultur-, Event- und Tourismusangebote sind heute, insbesondere mit Blick auf die Fachkräftegewinnung, ein wichtiger Standortfaktor.

Tourismus schafft jedoch nicht nur wirtschaftlichen Mehrwert, sondern auch Stolz. Stolz auf die eigene Stadt verbindet uns alle. Deshalb wollen wir hier den vierten Schwerpunkt setzen.

5. Zusammenhalt

Am Ende wird es darauf ankommen, dass wir die vielen anstehenden Aufgaben nur zusammen als Stadtgemeinschaft stemmen können.

Deshalb haben wir in der Haushaltsgestaltung viel Wert auf Fairness, Maß und Mitte gelegt. Wir brauchen alle, die in unserer Stadt leben: Kinder und Jugendliche ebenso wie Senioren, Unternehmer und Handwerker ebenso wie Ärzte, Pflegekräfte, Feuerwehrleute und Polizisten, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte sowie aus unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. Die Vielfalt unserer Stadtgemeinschaft ist und bleibt unsere Stärke!

Als Oberbürgermeister ist es mir deshalb besonders wichtig, dass wir die Initiativen und das Engagement der vielen Ehrenamtlichen weiterhin unterstützen, wenngleich auch hier Kürzungen der städtischen Zuschüsse unumgänglich sind. Wir wissen, dass Kürzungen für viele Vereine, Organisationen und Initiativen eine große Herausforderung darstellen. Umso mehr haben wir darauf geachtet, sie einheitlich und so gering wie möglich zu halten.

Gerade in der aktuellen Zeit ist es angesichts der Finanzlage der Kommunen umso wichtiger, auch in den Vereinen und im Ehrenamt neue Wege zu gehen. Ein leuchtendes Beispiel hierfür ist unser Himmelsstürmer, der, wie Sie wissen, dringend saniert werden muss.

Mithilfe des Wirtschaftsministeriums und des Regierungspräsidiums Stuttgart ist es uns gelungen, noch in die bereits laufende Tourismusinfrastrukturförderung 2025 des Landes Baden-Württemberg zu kommen.

Für unser Projekt wurden 387.000 Euro bewilligt. Der Freundeskreis Himmelsstürmer e.V. hat sich dazu bereit erklärt, die Hälfte des verbleibenden städtischen Eigenanteils von rund 200.000 Euro durch Spenden zu akquirieren.

Nur dadurch ist es überhaupt möglich geworden, dass die Sanierung nun erfolgt. Mit der Eröffnung rechnen wir im Sommer nächsten Jahres.

Mein herzlicher Dank gilt dem Freundeskreis, der sich zudem mit vollem ehrenamtlichen Engagement an den Sanierungsarbeiten am Turm beteiligen will. Dies ist ein Vorzeigemodell dafür, wie wir als Stadtgemeinschaft auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen etwas bewegen können.

Meine Damen und Herren,

unser Zusammenleben und unser Zusammenhalt basieren letztendlich auch auf einem angemessenen Maß an Eigenverantwortung.

Wir müssen ehrlich sein: Die öffentliche Hand kann und wird nicht mehr alles leisten können. Die Erwartung, dass der Staat alle Aufgaben übernimmt, ist schlichtweg nicht mehr umsetzbar. Die finanziellen Spielräume werden kleiner, während die Anforderungen größer werden. Steigende Kosten, eine alternde Gesellschaft und der zunehmende Mangel an Fachkräften setzen klare Grenzen. Das ist leider keine Frage des Wollens, sondern eine Frage des Möglichen.

Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir uns für die kommenden Jahre gut aufstellen und die richtigen Weichen stellen. In der Haushaltsaufstellung haben wir deshalb sechs Zukunftspakete berücksichtigt, in denen wir unsere Aufgaben geprüft, unsere Abläufe verbessert und neue Einnahmequellen erschlossen haben.

Die sechs Zukunftspaket umfassen:

1. Personal
2. Mitgliedsbeiträge
3. Zuweisungen und Zuschüsse
4. Aufwendungen
5. Erträge
6. Steuern

Unser Kämmerer Herr Bantel wird gleich noch näher auf die einzelnen Punkte und Zahlen eingehen. So viel vorab:

Bei der Aufstellung des Doppelhaushalts für die Jahre 2026/2027 sind wir sehr ins Detail gegangen. Kein Betrag war zu gering und kein Aufwand zu groß. Alles wurde geprüft. Gleichzeitig haben wir die große Linie nie aus den Augen verloren.

An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei Kämmerer René Bantel und Finanzbürgermeister Christian Baron bedanken.

Die diesjährige Haushaltsplanung war vielleicht so aufwendig wie noch nie. Wie Sie, lieber Herr Bantel, das mit ihrem Team bewältigt haben, verdient meinen allergrößten Respekt!

Bedanken möchte ich mich natürlich auch bei Hauptsamtleiter Michael Schaumann sowie beim Personalrat um Matthias Pflüger und Maurizio Orlando für die stets hervorragende Zusammenarbeit bei der Haushaltsplanung. Und schließlich danke ich den Mitgliedern des Gemeinderats für Ihren Einsatz. Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe heute viel von Krisen, Problemen und großen Herausforderungen gesprochen. Gleichzeitig gibt es aber auch viel Grund zur Zuversicht: Schwäbisch Gmünd ist eine Stadt mit Geschichte und Zukunft. Dies ist nicht die erste Krise, die wir gemeinsam meistern, und es wird auch nicht die letzte sein. Da waren 2008 die Finanzkrise, 2015 die Flüchtlingswelle und 2020 die Corona-Pandemie.

Jedes Mal haben wir es gemeinsam gut gemeistert: stets mutig, immer gemeinschaftlich, aber vor allem mit Herz.

Positiv stimmt mich außerdem mein Team in der Verwaltung, das sich täglich für unsere Stadt einsetzt, sowie unsere Bürger, die mit ihrem Engagement diese Stadt tragen.

Gemeinsam sind wir stark! Gemeinsam haben wir die Kraft, die richtigen Weichen für die Zukunft unserer Stadt zu stellen.

Gehen wir es an! Vielen Dank!